

Brücke Herrenbergstraße

Die Brücke in der Herrenbergstraße war insbesondere durch Frostschäden im Brückenbogen sanierungsbedürftig. Die Bauarbeiten hierfür, die einen sehr hohen Planungs- und Kostenaufwand hatten, sind größtenteils abgeschlossen. Im Zuge der Planung wurde festgestellt, dass der Boden wegen hoch anstehendem Grundwasser nicht ohne weiteres tragsicher genug für eine neue Brücke war.



Daher mussten mit hohem technischem Aufwand Pfahlbohrungen in eine Tiefe von elf Metern erfolgen, die ausbetoniert wurden.

Über die Bauzeit mussten die Anlieger über eine Behelfsbrücke fahren, die erstmalig im zivilen Bereich in dieser Art und Weise verlegt wurde. Hierdurch konnte die Gemeinde erheblich Geld einsparen.

Die Bauarbeiten gehen mittlerweile in den Endspurt. Neben verschiedenen Grundstücksangelegenheiten und der Neuverlegung der Strom- und Telefonkabel werden der Kerweplatz und das Umfeld, das durch die Baumaßnahme stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, wieder erneuert.

Die Sanierung der Brücke hat insgesamt rund 340.000 EURO gekostet. Hierfür erhält die Gemeinde einen Landeszuschuss von 238.000 EURO.



Geschwindigkeitsmesstafel

Der Gemeinderat hat sich dafür entschieden, eine Geschwindigkeitsmesstafel zu erwerben. Diese soll nicht nur in der Hauptstraße, sondern ebenso in den Nebenstraßen eingesetzt werden.

Die Messtafel erfasst die Geschwindigkeit und speichert diese chronologisch ab. Außerdem ermittelt das Gerät die Anzahl der Fahrzeuge in Fahrt- und Gegenrichtung mit Unterscheidung PKW oder LKW.

Diese Daten werden wir gerade im Bereich der Ortsdurchfahrten sammeln und an die entsprechenden Behörden weiterleiten, um geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation zu diskutieren.

Dorfinnenentwicklung

Der Ortsgemeinderat hat zwei Bebauungspläne der Innenentwicklung beschlossen.

Zum einen im Ortsteil Reichenbach und zum anderen der kürzlich beschlossene Bebauungsplan im Ortsteil Steegen.

Ein Bebauungsplan der Innenentwicklung soll eine geordnete städtebauliche Entwicklung bereits vorhandener Baustrukturen sichern. Vom Strukturwandel betroffene Bereiche sollen heutigen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse angepasst werden. Diese Art der Bauleitplanung hat die Zielsetzung, die Innenentwicklung in der Gebietscharakteristik als Dorfgebiet zu stärken. Dabei geht es einerseits um die Umstrukturierung vorhandener Baustrukturen durch Ordnungsmaßnahmen, in begrenztem Umfang Neubauten oder bauliche Ergänzungen, andererseits um Entwicklungsperspektiven für landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe im Gebiet in Abwägung mit öffentlichen Interessen an Grün- und Freiraumstrukturen und dem Schutz landschaftlicher Gegebenheiten.

Breitbandausbau

Die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet ist derzeit eine der dringendsten Zukunftsaufgaben. Daher hat sich der Ortsgemeinderat Reichenbach-Steegen bereits im Februar 2016 aufgrund eines Antrags der SPD-Fraktion als erste Gemeinde im Landkreis dazu entschlossen, sich an dem Vorhaben des Landkreises für einen sog. „Cluster-Ausbau“ [=Bündelung] zu beteiligen.

Der Ausbau des Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetzes zielt darauf ab, eine Versorgung von mindestens 95 Prozent der Haushalte mit 50 Mbit/s und von 100 Prozent der Haushalte mit mindestens 30 Mbit/s zu erreichen. Die Finanzierung erfolgt zur Hälfte aus Bundes- und zu 40 Prozent aus Landesmitteln. Die dadurch ungedeckten Kosten teilen sich der Landkreis sowie die Ortsgemeinde. Die tatsächlichen Kosten können erst ermittelt werden, wenn die Ergebnisse der Ausschreibung vorliegen.



Der Landkreis Kaiserslautern hat sich an diesem Projekt beteiligt. Nach aktueller Mitteilung des Landrates Ralf Leßmeister [CDU] konnte am 22. Februar 2018 der

EU-weite Teilnehmerwettbewerb für die Ausbaumaßnahme erfolgen, sodass der Ausbau vor Ort möglicherweise bereits in der zweiten Jahreshälfte beginnen kann.

Durch diesen „Cluster-Ausbau“ können jedoch nur die Bereiche ausgebaut werden, für die andere Versorgungsunternehmen nicht bereits Baumaßnahmen angekündigt haben.

Die Versorgung des Ortsteils Fockenberg-Limbach und der Schulstraße soll hierbei im Zuge des Kreis-Clusterbaus erfolgen. Für die übrige Ortslage hat die Telekom AG bereits angekündigt, bis spätestens 2019 den Glasfaserausbau in Eigenregie vorzunehmen. Hierbei werden Glasfaserleitungen an die vorhandenen Kabelverzweiger [KVZ]

[s. Bild] verlegt. Dadurch können die angeschlossenen Haushalte in der Regel mit Bandbreiten von bis zu 250 M/Bit im Download 80 M/Bit im Upload erreicht werden.

Die Bauarbeiten im sogenannten Nahbereich in Nähe zur Vermittlungsstelle [Dorfkern Reichenbach] haben bereits begonnen und sollen bis Ende 2018 seitens der Telekom AG abgeschlossen sein.

Die Hausanschlüsse sind von den Maßnahmen nicht betroffen.

Die SPD-Fraktion im Ortsgemeinderat.

Zum Wohl unserer Gemeinde ■

SPD-Fraktion im Gemeinderat informiert



Zusätzliches Betreuungsangebot an der Grundschule

Im letzten Sommer sah der Gemeinderat Handlungsbedarf das Nachmittagsangebot zu erweitern, da die Schulaufsichtsbehörde die Bildung einer Kombiklasse der Klassenstufen zwei und drei angeordnet hatte. Daraufhin wurden wieder Kinder an der Ganztagschule in Weilerbach angemeldet.

Das Betreuungsangebot des Schulträgers [Verbandsgemeinde], welches in der Zeit von 12:00 Uhr bis 14:00 Uhr angeboten wird, ist für viele berufstätige Eltern nicht ausreichend. Der Schulträger sah bis dahin nicht die Notwendigkeit, das Angebot zu erweitern, da die Bedarfszahlen nicht erreicht wurden.

Kurze Beine, kurze Wege. Das ist hier unser Motto und das muss es auch bleiben!



Daher haben wir uns dazu entschieden an der Grundschule in Reichenbach-Steegen ein zusätzliches Betreuungsangebot in eigener Regie einzurichten, welches sich an die Betreuungszeiten unserer Kindertagesstätte anlehnt.

Wir sind der Meinung, dass Eltern eine Alternative im Dorf haben müssen. Dadurch wird gleichzeitig der Schulstandort in Reichenbach-Steegen langfristig gesichert.

Die Ortsgemeinde hat für das Angebot zwei Beschäftigte eingestellt. Darüber hinaus fallen Sach- und Personalkosten, z.B. für die Zubereitung des Mittagessens, welches in der Kita Lummerland angerichtet wird, an.

Zur Finanzierung des Angebotes werden Gebühren der Sorgeberechtigten erhoben. Das Land und die Ortsgemeinde Kollweiler unterstützen die Gemeinde mit einer Zuwendung. Dennoch reichen diese Mittel nicht aus, um die Kosten zu decken.

Der Beschluss über das zusätzliche Betreuungsangebot in Trägerschaft der Ortsgemeinde wurde einstimmig gefasst. Aus unserer Sicht ein absolut notwendiger Schritt für den Erhalt und die Attraktivität der Grundschule.

Der Verbandsgemeinderat hat in einer seiner

April 2018

Verantwortlich:
SPD-Ortsverein Reichenbach-Steegen

letzten Sitzungen darüber entschieden, im Zuge der aktuellen Entwicklung an den Grundschulen Mackenbach, Reichenbach-Steegen und Rodenbach nunmehr ein qualifiziertes und planbares Nachmittagsangebot anzubieten. Zurzeit ist die Maßnahme ausgeschrieben.

Unabhängig davon, wollen wir das Angebot der Ortsgemeinde Reichenbach-Steegen bis auf weiteres bestehen lassen, damit die Eltern ausreichend Planungssicherheit haben. Zurzeit sind elf Kinder für die zusätzliche Nachmittagsbetreuung angemeldet. Für das kommende Schuljahr werden es 13 Kinder sein.

Realsteuerhebesätze

Die für die Gemeinden zuständige Kommunalaufsichtsbehörde hat in den vergangenen Jahren immer wieder gerügt, dass die Ortsgemeinde ihre Einkommensquellen nicht in dem Maße ausschöpfe, wie sie dies eigentlich tun müsste.

Von dem Geld, welches die Ortsgemeinde einnimmt, muss sie an den Landkreis und die Verbandsgemeinde insgesamt rund 83 Prozent abführen. Der Handlungsspielraum der Gemeinde ist durch diese Umlageabgaben sehr eingeschränkt. Die verbleibenden Mittel sind für die sogenannten Pflichtaufgaben wie z.B. die Finanzierung der Kindertagesstätte. Der Gemeinde ist auch wichtig, die Jugendarbeit in den Vereinen zu unterstützen, welche als freiwillige Aufgabe zählt.

Die Ortsgemeinde hat im Vergleich zu Nachbargemeinden erheblich größere Aufwendungen für die Unterhaltung unserer örtlichen Infrastruktur. Durch unsere vier Ortsteile halten wir viele Einrichtungen mehrfach vor.

Bei Erstellung des Dorfentwicklungskonzeptes bildeten sich bis zu 40 Maßnahmen heraus, von denen die Gemeinde so viele als möglich umsetzen will. Hierzu gehören z.B. Infrastrukturmaßnahmen wie Bushaltestellen, Spielplätze, Friedhöfe oder auch Radwegeanbindungen, in die wir investieren werden.

Durch die Anerkennung als Schwerpunktgemeinde haben wir die einmalige Gelegenheit, viele der Maßnahmen umzusetzen und diese vom Land mit einem hohen Zuschuss gefördert zu bekommen. Diese zeitlich begrenzte Gelegenheit wird und muss die Gemeinde nutzen.

Der Beschluss über das zusätzliche Betreuungsangebot in Trägerschaft der Ortsgemeinde wurde im Gemeinderat einstimmig gefasst. Da es sich hierbei um eine freiwillige Leistung der Gemeinde handelt [welche wir als Pflichtaufgabe sehen], war bereits zum Beschluss des zusätzlichen Betreuungsangebotes klar, dass zur Finanzierung dieser Leistung nur eine Steueranhebung in Betracht kommt. Würde die Deckungslücke durch die Gemeinde nicht abgedeckt werden, wäre dieses für uns so wichtige Angebot unmittelbar einzustellen.

Zudem unterhält die Ortsgemeinde eine Kita, welche zusammen mit dem pädagogischen Team den Herausforderungen an die frühkindliche Erziehung gerecht wird.

Diese Standards sind hoch und kosten auch Geld. Doch wo, wenn nicht bei der Zukunft unserer Kinder sollten wir sonst so hohe Standards ansetzen und Geld dafür in die Hand nehmen?

Im Rahmen der Beratungen über den Gemeindehaushalt hat der Gemeinderat daher auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen, die Realsteuern auf das von der Kommunalaufsicht angemahnte Niveau anzuheben. Die Grundsteuer A wurde hierbei an die Grundsteuer B angepasst und auf einen Hebesatz von 450 Prozent, die Gewerbesteuer ab 2018 auf ein Niveau von 390 Prozent angepasst.

Die Entscheidung der Steuererhöhung für das Jahr 2018 haben sich die Ratsmitglieder nicht leichtgemacht. Es wurde fraktionsübergreifend sehr kontrovers sowie konstruktiv hierüber diskutiert.

Der Ortsgemeinderat hat über Jahrzehnte eine verantwortungsvolle Gemeinde- und Finanzpolitik betrieben.

Daran müssen und werden wir auch in Zukunft festhalten!

Dorfentwicklungskonzept

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wurden in verschiedenen Arbeitskreisen aus der Dorfmoderation Ideen gesammelt, die zur attraktiven und lebenswerten Gestaltung des Dorfes beitragen können. Ein von der Gemeinde beauftragter Planer hat diese nun in einem Dorfentwicklungskonzept zusammengefasst und dem Haupt- und Infrastrukturausschuss der Gemeinde vorgestellt.

Das Dorfentwicklungskonzept enthält neben kleineren Projekten, die kurzfristig umgesetzt werden sollen, auch verschiedene planerische Ansätze, deren Umsetzung im Rahmen der langfristigen Dorfentwicklung städtebaulich sinnvoll erscheinen. Die Umsetzung dieser Planungen ist über einen längeren Zeitraum angedacht.

Der Gemeinderat muss nun entscheiden, was genau in das Gesamtkonzept aufgenommen wird und welche Maßnahmen davon umgesetzt werden sollen.

Aufgrund einer Initiative der SPD-Fraktion hat der Ortsgemeinderat beschlossen, einen Antrag auf Anerkennung als Investitions- und Maßnahmen-schwerpunkt zu stellen. Durch die gute Vorarbeit im Rahmen der Dorfmoderation wurde die Gemeinde auch anerkannt.

Durch die Anerkennung ist die Gemeinde nun in der Lage, für viele dieser kleineren aber auch größeren Projekte eine finanzielle Förderung aus Landesmitteln zu erhalten. Nur dadurch ist es möglich, diese Projekte aus dem Dorfentwicklungskonzept überhaupt umzusetzen. Diese Chance, in Verbindung mit den derzeit niedrigen Zinsen, wird die Gemeinde wahrscheinlich nie wiederhaben.

Auch private Hauseigentümer können von diesen Dorferneuerungsmitteln profitieren.

Bislang wurden insgesamt fünf Maßnahmen an Gebäuden privater Eigentümer mit einem Betrag von rund 62.000 EURO gefördert.



Areal Bahnhofstraße

Zu den Maßnahmen aus dem Dorfentwicklungskonzept, die zeitnah umgesetzt werden sollen, gehört auch die komplette Überplanung des Bereiches des ehemaligen Bahnhofsgeländes.

Hierzu haben sich im Rahmen des Masterstudiums Stadt- und Regionalentwicklung Studierende der Technischen Universität Kaiserslautern in einem Kooperationsprojekt zwischen der Kreisverwaltung Kaiserslautern und dem Fachgebiet Stadtumbau und Ortserneuerung mit Konzeptionen zur Gemeindeentwicklung im Landkreis Kaiserslautern beschäftigt.

Am 05.02.2018 wurden im Sitzungssaal der Kreisverwaltung den beteiligten Projektkommunen die Abschlussergebnisse der Untersuchungen vorgestellt. Unter den Augen von Landrat Ralf Leßmeister [CDU] sowie den wissenschaftlichen Projektbetreuern Prof. Dr.-Ing. Holger Schmidt und Dr.-Ing. Thomas Fischer wurden die Ergebnisse präsentiert.

Für die Ortsgemeinde Reichenbach-Steegen haben sich die Nachwuchsplaner/-innen mit der städtebaulichen Entwicklung in der Bahnhofstraße auseinandergesetzt. Insbesondere die Brachfläche zwischen der Kindertagesstätte Lummerland und dem in weiten Teilen ungenutzten ehemaligen Raiffeisengebäude stellt für die Gemeinde Reichenbach-Steegen seit über 25 Jahren ein städtebauliches Problem dar, dem in der Bürgerbeteiligung zur Dorferneuerung ein vordringlicher Handlungsbedarf attestiert wurde.

Mit ihrem Konzept setzten die Studierenden einen weiteren wichtigen Impuls für die zukünftige Entwicklung der Bahnhofstraße in der Ortsgemeinde Reichenbach-Steegen.



Bild: LZG Rheinland-Pfalz

WohnPunkt RLP

Das Sozialministerium fördert mit dem Projekt „WohnPunkt RLP“ den Aufbau von Wohn-Pflege-Gemeinschaften in kleinen ländlichen Gemeinden. Reichenbach-Steegen ist eine von landesweit 33 Kommunen, die sich hieran beteiligen.

Anfang März fand im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie die Unterzeichnung einer entsprechenden Kooperationsvereinbarung statt [s. Bild]. Durch die Unterschrift besteht nun die Möglichkeit, eine Prozessbegleitung und Moderation zur Umsetzung von neuen Wohnprojekten in Ortsgemeinden zu erhalten.

Diese können sich zu einem Mittelpunkt einer sorgenden Gemeinschaft im Dorf entwickeln. WohnPunkt RLP ist ein Projekt im Rahmen des Zukunftsprogramms „Gesundheit und Pflege 2020“ des Landes und verfolgt innovative Ansätze und neue Maßnahmen zur Sicherstellung einer guten medizinischen und pflegerischen Versorgung innerhalb des ländlichen Raumes.

„Gerade in kleinen Dörfern sind Wohn-Pflege-Gemeinschaften ein Thema der Zukunft“, so Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler [SPD] im Rahmen der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarungen. „Sie eröffnen ihren Bewohnerinnen und Bewohnern eine gute Perspektive, in ihrem Dorf nahe bei Angehörigen, Freunden und Nachbarn wohnen bleiben zu können – auch wenn der Unterstützungsbedarf steigt. Deshalb bringen wir den Aufbau solcher Angebote voran. Das Land fördert neue Wohnformen durch einen klaren rechtlichen Rahmen, finanzielle Hilfen für die eigentlichen Investitionen sowie mit Beratung und Prozessbegleitung, wie sie WohnPunkt RLP bietet.“

Mit Unterzeichnung der Vereinbarung kann dieses zukunftsweisende Projekt in Reichenbach-Steegen nun starten.

Zu entsprechenden Informationsveranstaltungen werden die Bürgerinnen und Bürger eingeladen.